



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1923

536 (21.11.1923) Mittag-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-209569](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-209569)

Mannheimer General-Anzeiger

Badische Neueste Nachrichten

Bezugspreis: In Mannheim a. Umgehung 2 Mk. 21 No. 6. 6 Wochen 10 Mk. Die monatlichen Bezüge verpflichten sich bei der Bestellung des Abonnements die während der Bezugszeit notwendigen Preisänderungen zu bezahlen. Postfachnummer 1790 Karlsruhe. — Geschäftsstelle: Mannheimer L. 1. — Geschäftsstellen: Neckarstraße 10, Mannheim. — Fernsprecher: 7941, 7942, 7943, 7944, 7945. Telegramm: General-Anzeiger Mannheim. Erscheint wöchentlich 48 Nummern.

Anzeigenpreise nach Tarif, bei Vorauszahlung pro einseitige Zeile für 10 Tage. Für Anzeigen an bestimmten Tagen, Stellen und Ausgaben wird keine Veranschlagung übernommen. Höhere Gebote, Betriebsänderungen usw. vorbehalten zu seinen Erlassung über die Ausgabe oder beschränkte Ausgaben oder die verspätete Aufnahme von Anzeigen. Auftr. d. Fernspr. ohne Gebühr. Verlagsb. Mannheim.

Beilagen: Der Sport vom Sonntag — Modezeitung — Aus Zeit und Leben mit Mannheimer Frauen-Zeitung und Mannheimer Musik-Zeitung

Noch keine Entscheidung im Reichstag

Durch die Kommunisten verhindert

Kanzlerrede erst am Donnerstag

(Von unserm Berliner Büro.)

Berlin, 21. Nov.

Unsere Bitterung, daß es gestern im Reichstag Ueberraschungen geben würde, hat nicht getrogen. Die große Entscheidungsschlacht, die in heißen Scharen die Zuhörer auf die Tribünen lockte, mußte vorzeitig abgebrochen werden und zwar wegen eines läppischen Spektakels, das der kommunistische Remmele ausführte. Der Redner am Ende mehr dahinter als rein äußerlich geschah dieser absurde Anlaß vermuten sich? Der Vorfall, der die Sitzung zum Kuffliegen brachte, begab sich unmittelbar, nachdem die Redner der beiden großen Oppositionsparteien, der Deutschnationalen und der Sozialdemokraten programmatisch ihr Anathema auf das Haupt des Kanzlers entladen hatten. In diesem Augenblick gerade, als Dr. Stresemann zur Erwidrerung aufstiehe, plötzte Remmele mit der schmähenden Begeißelung gegen den Reichstagspräsidenten heraus, er habe Schupo ins Parlament gesetzt und so aus dem Reichstag ein Zuchthaus gemacht. Alle Wirtfährungsversuche des Präsidenten fruchteten nichts; Remmele gebärdete sich umso wilder, je ruhiger der Präsident Löbe auf ihn ein sprach, bis ihn Herr Löbe schließlich mit Ausschluß bestrafte, und um ihm Gelegenheit zu geben, sich auf anständige Weise zu entfernen, die Sitzung unterbroch. Aber Remmele zog vor zu bleiben und so mußte, um einen schlimmen Skandal, ähnlich dem, den wir f. B. im preussischen Abgeordnetenhaus erlebten, zu vermeiden, die Sitzung vertagt werden.

An sich bietet der Sachverhalt nichts Ungewöhnliches, und doch mußte man, daß es dabei um ein abgekartetes Spiel sich gehandelt habe, zu dem Zweck, dem Kanzler, der noch gestern die Entscheidung herbeizwingen wollte, am Sprechen zu verhindern. Es würde ja nicht das erste Mal sein, daß Deutschnationale und Kommunisten hinterläß ihre Signale geben. Die Deutschnationalen sind, wie ihre unerbittliche Verbindung mit der Gruppe Quast beweist, nicht eben sonderlich wälderlich in ihren Mitteln und sie haben in letzter Zeit eine merkwürdige Vorliebe bekundet, auf Hintertreppen an ihr Ziel zu gelangen. Andere freilich mochten an solche Zusammenhänge nicht glauben und waren eher geneigt, diesen unvorhergesehenen Zwischenfall zugunsten Dr. Stresemanns zu deuten, der durch vorwollenen Aufschub gewinne und ihn zweifellos zu nutzen verstehen werde. Der Kanzler selbst war offensichtlich unangenehm überrascht, daß ihm das Wort so frühlings vor dem Ende abgeknippt wurde, aber er schien sich mit Humor in das Unvermeidliche zu schicken.

Die Abg. Wels und Hergt haben sich also in den Rednerauf des Tages teilen können. Der Kanzler, dessen geschäftige Regie sich auf jede Art bemerkbar machte, hatte der Opposition den Vortritt gelassen, mit dem Bedenken, daß er ja keine neue Regierung dem Hause zu präsentieren und somit auch keine Veranlassung habe, eine offizielle Regierungserklärung abzugeben, die seine rednerischen Schwingen gelähmt hätte. Erklärlich, daß sowohl der Sozialdemokrat Wels wie auch der Deutschnationale Hergt ihm durch gram waren und seinen Verzicht als „ängstliche Schwäche“ interpretierten. Bis zu diesem Punkte liefen die Oppositionsreden auf dem gleichen Strang, dann aber trennten sie sich und jede jagte fröhlich dem eigenen Extrem nach. Herr Wels verlor sich allgemach in himmelstauende internationale Verdrüßungsreden, Herr Hergt schmürzte von einem Bruch mit Frankreich und von einem geeinten und gesunden Volke, das willens und untertänig sich in einen deutschnationalen Obrigkeitsschloß zurückziehen läßt. Dazwischen erinnerte man sich des eigenartigen Zweckes der Reden und legte die Sonde der Kritik schonungslos an die bisherige Leitung der Regierung, die, ob sie sich auf das Währungsgebiet, auf die Rheinlandsfrage, auf Bayern, Sachsen oder das Reparationsproblem erstreckte, keine Gnade vor den Augen der gestrengen Richter fand. Nur entbehrte es nicht eines gewissen tragikomischen Beigeschmacks, daß der eine immer das lobte, was der andere tadelte und umgekehrt, und daß dann beide mit demselben etwas einschränkenden Pathos auf die Regierung einwirkten, die ihre Tug nicht nach ihren Wünschen eingerichtet hat. Von Herrn Hergt namentlich hat man auf dieser Stätte manche gehaltvollere und polemisch geschärfte Rede vernommen als diese, die den deutschnationalen Führer nicht als den „Rann mit dem Zauberstab“ erscheinen läßt, als den der Kanzler ihn am Sonntag in der Zentralforschung der Volkspartei mit selber Ironie apostrophierte.

Die parlamentarische Lage

Ist nach dem ergebnislosen Verlauf der gestrigen Sitzung so ungeträrt wie zuvor. Herr Wels hat keinen Zweifel daran gelassen, daß die Sozialdemokratie mit einem Mißtrauensvotum auf dem Plan erscheinen wird und sie will außerdem einen Antrag auf Aufhebung des Ausnahmezustandes einbringen. Die Deutschnationalen tragen sich, wie die Kreuzzeitung gestern abend berichtet, mit der Absicht, ein unmotiviertes, d. h. allgemein gehaltenes Mißtrauensvotum einzubringen. Das wäre die Krille, an der das Kabinett Stresemann zerbrechen könnte, da die Bedenken, die die Sozialdemokraten einem formulierten Mißtrauensantrag der Deutschnationalen gegenüber haben müssen so wesentlich. In der Umgebung des Kanzlers hat man bisher angenommen, daß beide Mißtrauensvoten abgelehnt würden, weil die Deutschnationalen der Begründung halber gegen den sozialdemokratischen und die Sozialdemokraten aus dem gleichen Anlaß gegen den deutschnationalen Antrag stimmen würden. Bei den Wandelgängen hieß es gestern, der Kanzler wäre entschlossen,

falls die auf die Mißtrauensvoten entfallenden Stimmen eine direkte Mehrheit ergeben, aus dieser Konstellation die Folgerung zu ziehen. Ob der Kanzler gegebenenfalls die Ermächtigung zur Auflösung des Reichstags bekommen wird, blieb auch gestern abend noch im ungewissen. Der Kanzler will Berlin über den Besuch verlassen, um an den Verhandlungen über den ausländischen Milliardenkredit teilzunehmen. Am Donnerstag geht die Debatte weiter und wird vermutlich dann die gestern fällig gewesene Rede des Kanzlers bringen.

Abgeordneter Remmele auf 20 Tage ausgeschlossen

Reichstagspräsident Löbe äußerte sich über den gestrigen kommunistischen Zwischenfall, durch den der Reichstagsfraktion ein vorzeitiges Ende bereitet wurde, dahin, daß er kraft seines Hausrechtes befugt sei, die gewaltsame Entfernung eines Abgeordneten durchzuführen, der trotz erfolgter Ausweisung im Saal verbleibe. Er habe vor der ersten Vertagung der Sitzung dem Kanzler mitgeteilt, daß, falls der Abgeordnete Remmele seinem Entweichen keine Folge leisten würde, er die Sitzung auf Donnerstag vertagen würde. Der Kanzler hat hiergegen einen Widerspruch nicht erhoben. Reichstagspräsident Löbe hat ein Schreiben an den Abgeordneten Remmele gerichtet, in dem er ihn darauf hinweist, daß nach Artikel 28 der Reichsverfassung ihm das Hausrecht und Polizeigewalt im Reichstagsgebäude zustehe und daß er aufgrund dessen ihm für 20 Tage das Betreten des Reichstagsgebäudes und das Verbleiben im Reichstag untersage. Sollte Remmele dieser Aufforderung keine Folge, so wird er am nächsten Donnerstag am Betreten des Reichstags verhindert werden.

Die Berliner Presse äußert ihre Entrüstung darüber, daß die für die innerpolitische Lage so wichtige Entscheidung durch einen kommunistischen Skandal verhindert werden konnte. Im allgemeinen geben die Blätter dem Kabinett Stresemann keine Lebensdauer mehr. Wertwürdigerweise rechnet nur die Deutsche Zeitung damit, daß es Stresemann doch gelingen wird, den Sieg über das Parlament daanzutragen. Der Vormärts erklärt, da bis zum Donnerstag der militärische Ausnahmezustand nicht gefallen sein wird, wird an diesem Tage oder den folgenden Herr Stresemann fallen.

Anträge der Parteien

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion trat am Dienstag nach dem erzwungenen Schluß der Reichstagsberatungen zu einer Sitzung zusammen; die endgültige Formulierung des von der Sozialdemokratie beabsichtigten Mißtrauensvotums wurde aber verschoben. Die Fraktion billigte einstimmig die Anordnung des Reichstagspräsidenten Löbe gegen den Abgeordneten Remmele. Weiterhin hat die sozialdemokratische Fraktion beschloffen, folgenden Antrag zu stellen:

1. Die Verordnung zur Herabminderung der Personalangaben des Reichs vom 27. Oktober 1923 ist sofort aufzuheben.
2. Die Reichsregierung zu ersuchen, den Entwurf eines Gesetzes betreffend die Ausgaben des Reichs vorzulegen. Die Fraktion ist der Ansicht, daß Ersparnisse in den Ausgaben des Reichs notwendig seien, jedoch nicht nur in personellen Angelegenheiten, sondern auch auf sachlichem Gebiet.
3. Die Bayerische Volkspartei hat im Reichstag einen Antrag eingebracht, der von der Reichsregierung die Vorlage eines Gesetzes zur Revision der Weimarer Verfassung verlangt. Für diese Verfassungsrevision sollen folgende Richtlinien gelten:
 1. Grundfälliger Verzicht des Reichs auf bisher vom Reich nicht ausgeschöpfte Zugewinnrechte, wenn demnach erforderlich ausschöpfend, nur unter föderativen Garantien.
 2. Grundfällige Ausführung der Reichsgesetze durch die Länder, Rückübertragung der Finanz- und Verkehrshoheit an die Länder.
 3. Wiederherstellung des Reichsrats als gleichberechtigtes Organ des Reichs in Gesetzgebung, Haushaltszustimmung und Mitwirkung beim Abschluß von Staatsverträgen, Erlassung der allgemeinen Verwaltungsvorschriften durch den Reichstag.
 4. Entschiedenem Bekenntnis zu Artikel 18 der Reichsverfassung, betreffend die Glieder der Länder.
 5. Recht der Länderregierungen, die zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit nötigen Maßnahmen selbständig geltend zu machen und über die im Landesgebiet liegende bewaffnete Macht selbständig zu verfügen.
 6. Recht der bayerischen Landesregierung auf Mitwirkung bei Ernennung und Abberufung von Offizieren der Reichswehr.

Der Rechtsausschuß des Reichstags beschloß sich gestern mit dem kommunistischen Antrag auf sofortige

Aufhebung des bayerischen Ausnahmezustandes.

Diesem Antrag traten auch die Sozialdemokraten bei. Dagegen wies der bayerische Generaldeputierter Preger in seinen Ausführungen darauf hin, daß ein solcher Beschluß einen schweren Konflikt zwischen Bayern und dem Reich hervorrufen würde. Es müßte als Unrecht eines jeden Staates gelten, selbst darüber zu entscheiden, ob die Kräfte der Ordnung und Ruhe im gegebenen Augenblick stark genug sind, um das Staatswesen ohne Ausnahmezustand vor Beschädigung zu bewahren. Die bayerische Regierung sei jetzt nicht in der Lage, den bayerischen Ausnahmezustand aufzuheben. Rechtlich stehe die bayerische Regierung auf dem Standpunkt, daß durch den vom Reich verhängten Ausnahmezustand der Ausnahmezustand in Bayern nicht erledigt werde. Nachdem der kommunistische Abgeordnete Dr. Herzfeld nach betonte, daß es sich hierbei weniger um eine juristische, als um eine politische, d. h. Reichsfrage handele, wurde die Sitzung des Reichsausschusses auf übermorgen vertagt.

Die Not der Pfalz

Eine neue deutsche Note in Paris

Berlin, 21. Nov. (Von unserm Berl. Büro.) Die Reichsregierung hat den deutschen Geschäftsträger in Paris beauftragt, der französischen Regierung eine neue Note wegen des Bestehens der französischen Besatzungsbehörden zugunsten der separatistischen Umtriebe in der Pfalz zu überreichen.

Eine ernste Mahnung

nach München und Berlin richtet die „Pfalz Rundschau“, indem sie besonders scharf die Bedenken von Pfalz und Rheinland im Hinblick auf die Bestrebungen nach einer Diktatur betont und u. a. ausführt:

Einmal jedoch möchten wir gerade in diesem Augenblick auch im Hinblick auf die Münchener Bestrebungen nicht unausgesprochen lassen: Eine Rechtsorientierung in Berlin kommt einer Preisgabe der Rheinlande gleich, weil eine solche Entwicklung die Einheitsfront der deutschen Gewissen am Rhein notwendig zerschellen würde. Schon seit Wochen verfolgen wir Pfälzer bitteren Herzens die Vorgänge in München und in Berlin, und wir können uns heute nicht mehr des Gefühls erwehren, daß unverantwortliche Kreise immer noch nicht einsehen gelernt haben, wie stark die Last der besetzten Landes Opfer erhebt. Es ist hart, so etwas an dieser Stelle sagen zu müssen, aber die Notwendigkeit zwingt heute auszusprechen, was ist. Uns brennt hier die politische und wirtschaftliche Not so auf den Fingernägeln, daß wir es nicht mehr lassen können, daß man heute noch hinter verschlossenen Türen in Parteikabine in Berlin Kabinettstücken vorbereitet, daß man sich in München tagelang streitet, ob Rabe gehen soll oder nicht und schon wieder neue Konfliktstoffe zwischen dem Reich und Bayern sucht. Für uns kann es nur einen politischen Wunsch geben, Ordnung und Staatsautorität im Reich.

Weiter heißt es: Klarheit fordert das Rheinland und die Pfalz heute vom Reich. Ist es in München und Berlin bekannt, wie sich der Hunger in der Pfalz breit macht?

Hat man sich Gewißheit verschafft, welches Währungsland im Westen herrscht? Trotz der irrigen Auffassung sogenannter pfälzischer Wirtschaftsexperten, daß die Währungsfrage nicht die Hauptfrage sei, muß es ausgesprochen werden, der deutsche Gedanke hat einen erbitterten Feind. Das ist der Hunger! Und ihm zur Seite schreitet das Währungschaos. Was Separatismus und Autonomie nicht erreichen, der Hunger mit seiner unerbittlichen Sprache zwingt. Wir warnen daher in letzter Stunde Reichs- und Landesregierung, wir warnen aber auch die im Reichstag zusammen tretenden Parteien, daß sie stets vor Augen haben müssen, wie sehr sie für das Rheinland verantwortlich sind. Keine Frage: Das Reich hat wirtschaftliche Schwierigkeiten. Ja, aber, so haben wir heute am Rhein ein Recht, heute zu fragen, wann die letzten Reserven erschöpft sind, alle unproduktive Aufwendung der reichsdeutschen Gebiete eingestellt und die letzten Reste der wirtschaftlichen Opferermöglichkeit mit sozialdemokratischem Druck erschöpft? Dann, wenn diese Gewißheit vorliegt, wollen wir unser Gesicht gern und mutig fragen. Wie die Dinge heute liegen, haben wir den tiefsten Glauben, daß alle Quellen erschöpft und alle Reserven — wenn nicht anders, dann mit sozialdemokratischem Druck — erschöpft sind, noch nicht.

Die Abwehr gegen die Separatisten

In Reustadt wurden zwei Separatisten auf offener Straße erschossen. Bei der Besetzung von Reustadt und Eberbach schossen die Separatisten aus ihren Autos in die Fenster der Häuser hinein. Ob dabei Personen verletzt wurden, ist noch nicht bekannt.

Zu einem schweren Zusammenstoß zwischen der Bevölkerung und den Separatisten kam es bei der Besetzung von Odenbach am Main durch die Separatisten. Ein Separatist wurde dabei getötet, worauf die Separatisten wieder abzogen.

Auch in Schifferstadt leistete sich die Bevölkerung sehr scharf gegen die Separatisten auf. Der Einsatz der Separatisten verlief zwar ruhig, da die Arbeiter und Bauern um diese Zeit bei der Arbeit waren. Weder der größte Teil der Separatisten nach Befreiung vom Rathaus wieder abgezogen. Wegen Abends jedoch wurde Sturm geblasen, worauf die Wachen gemächlich in das Rathaus eintraten und die Separatistenfahne wieder herunterholten. In der Nacht kamen daraufhin die Separatisten wieder zurück und hielten 24 Schifferstädter Bürger unter Mißhandlungen aus ihren Wohnungen heraus und verhafteten sie. Auch beim Mißtrauensvotum wurden die Verhafteten auf das schwerste mißhandelt. Dem Ort Schifferstadt wurde von den Separatisten eine Geldbuße von 50 000 Franken auferlegt. Zu einer Meuterei der Separatisten kam es in Landstuhl, wo der bekannte Separatistenführer Niklas 50 Separatisten wegen Plünderungen entlassen wollte. Diese waren darauf vor die Wohnung des Niklas und bedrohten ihn mit Totschüssen.

In Kirchheimbolanden ist von den Separatisten ein Standrecht verhängt worden.

„Feine“ Regierungsmänner

Die „Regierung“ der „freien Pfalz“ kann sich wirklich leben lassen: Sie ist der Ausbund von vertrauenswürdigem Verhalten. Ueber den „Präsidenten“ Heinz Orbis ist neulich schon das nötige mitgeteilt worden, denn auch die übrigen Regierungsmittelglieder sehen ihm nichts nach. Als Finanzminister der sogenannten „autonomen Regierung der Pfalz“ berief Heinz mit ausdrücklicher Genehmigung des Generals de Weh einen gewissen Johann Waldemar Kopp. Dieser Kopp war, bevor er Finanzminister wurde, amtlicher Volkskommissar für öffentliche Sicherheit der neu gegründeten Rheinischen Republik in Bonn. Von Beruf ist er Schuhmacher. Von der Pfalz kennt er eigentlich nur die Gefängnisse: an Vorstrafen hat er einmal 6 Monate Gefängnis wegen schweren Diebstahls, einmal zwei Jahre Gefängnis wegen gefährlicher Körperverletzung, einmal neun Monate Gefängnis wegen Amtsverletzung, Erpressung und schwerer Urkundenfälschung, einmal zehn Jahre Zuchthaus wegen Totschlans. Wohllich einen besseren Sicherheitskommissar und besseren Finanzminister konnte sich der General de Weh nicht herausuchen. Herr Kopp ließ sofort Kotschke drucken, das die Geschäftsführung in Achtung nehmen mußten. Gleichzeitig aber hat er einen tiefen Geist in eine französische Militärkassette gemacht und dabei ein bis hunderttausend Franken erbeutet. Dieses Finanzministerium schien doch auch seinem Freund de Weh etwas zu arbeitslos zu sein. Er hat deshalb den famolen Finanzminister einweisen hinter Schloß und Riegel lassen sollen.

Die anderen „Minister“, aus denen die „autonome pfälzische Regierung“ sich zusammensetzt, sind die Helms Bien, der professionelle Rennfahrer Otto Moser aus Ludwigsbaben, der Aristokrat Bluffmann aus Kaiserslautern, der wegen Steuerhinterziehung schwer bestrafte Würstchenfabrikant Niklas aus Landstuhl und der Bordellwirt Wondertott aus Koblenz. Wirklich „feine“ Leute!

Die Botschafterkonferenz abermals vertagt

Die Sitzung der Botschafterkonferenz, die gestern um 5 Uhr be- ginnen sollte, ist aufs Neue auf heute vertagt worden.

Die Hauptagentur berichtet ferner, daß in französischen Kreisen die nochmalige Vertagung der Sitzung der Botschafterkonferenz keineswegs als der Beweis für das Ausbleiben neuer Schwierigkeiten betrachtet wird.

Bedürfnisse der „Times“

Die „Times“ schreibt zu dem vorgestrigen Beschluß der Bot- schafterkonferenz u. a.: Trotz Englands wurden die französischen Maßnahmen hinsichtlich und bewirkt eine rasche und gesicherte Wundlung in Europa.

Der Leipziger Zwischenfall

Eine deutsche Richtigstellung

Das „Echo de Paris“ berichtete über angebliche Übergriffe von Reichsmehrtruppen gegen einen belgischen Offizier von der Interalliierten Militärkontrollkommission.

Der spanische Königsbesuch in Italien

Dem gegenwärtigen Besuch des spanischen Königs in Italien wird von der italienischen Presse große Bedeutung beigemessen.

Der Kohlenkreditvertrag mit England

In London wurde der Vertrag über einen Kohlenkredit für die deutsche Reichsbahn unterzeichnet, vorbehaltlich der Über- zeichnung von Sicherheiten.

Die Wahlen zum Danziger Volkstag

haben am Sonntag unter verhältnismäßig starker Beteiligung statt- gefunden. Man kann mit einer Wahlbeteiligung von durchschnittlich 80 Prozent rechnen.

Die Franzosen in Baden

Am Sonntag früh erschien eine Abteilung französischer Infanterie auf dem zwischen Karau und dem Rheinfelsenanal gelegenen Gutshof des Brinzen Wärs.

Französische Abwehrvorbereitungen

Wie dem „Badischen Staatsanzeiger“ aus Elzsh-Bohringen be- kannt wird, müssen dort sämtliche Lebensmittellieferungen so- fort alle verfügbaren Lebensmittel nach der Rheinprovinz schicken.

Die Bürgerchaftswahlen in Bremen

Das endgültige Wahlergebnis der letzten Bürgerchaftswahlen steht jetzt vor Abschluß und wurden insgesamt für die Bürger- schaft 96 241 Stimmen abgegeben.

Weitere Verschärfung der Lage im Ruhrgebiet

Die „Dicum“ hat den an Holland und Italien ablesern- den Jochen geltend gemacht, daß mit sofortiger Wirkung jede Aus- fuhr in das neutrale Ausland verboten wird.

Man dürfte wohl in der Annahme nicht fehl gehen, daß diese neue rigorose Maßnahme der Dicum bei den neuen Verhandlungen mit den Bergbauunternehmern als Druckmittel dienen soll.

Die Jochen und Werke, die mit den Franzosen und Belgiern Sonderabkommen über die Kohlenlieferungen abgeschlossen haben, sind folgende:

1. Die Thüning-Rheinisch-Westfälische Bergbau-Gruppe, 2. Krupp, 3. die Bader-Gruppe, 4. die Zeche Dahlbusch, deren Aktienmehrheit in belgischen Händen liegt.

Dr. Jarres über die Selbstverwaltung der Rheinlande

In einer Unterredung mit einem Vertreter des „Berliner Tage- blatts“ erklärte der Reichsminister des Innern, daß er bei jeder Gelegenheit sich entschlossen gegen alle separatistischen und Ab- lösungsbestrebungen im Rheinland gewandt habe.

Die Erwerbslosenfürsorge im besetzten Gebiet

In der Presse wurde die Frage aufgeworfen, ob sich nicht statt der Auszahlung von Papiergeld an die Erwerbslosen die Gewäh- rung von Lebensmitteln am zweckmäßigsten sei.

Separatistenniederlage in Honnef

Die Kämpfe zwischen den Sonderbändlern und dem Selbstschutz sind für die Separatisten mit verlustreicher gewesen, als zuerst angenommen wurde.

Zum Tode Havensteins

Der Reichspräsident richtete anlässlich des Todes des Reichsbankpräsidenten Dr. Havenstein an das Reichsbankdirektorium folgende Schreibe:

Langes Jahre an der Spitze der Preussischen Staatsbank und danach der Reichsbank stehend, stellte Havenstein in unerwählter Höhe den Reichsbankdienst in unermüdlicher Tätigkeit und äußerster Pflichterfüllung.

Der Reichsbankpräsident

In Berliner Regierungskreisen rechnet man damit, daß Ende dieser Woche der jetzige Reichsbankpräsident Dr. Schacht zum Reichsbankpräsidenten als Nachfolger Havensteins ernannt wird.

Dr. Schacht Reichsbankpräsident?

In Berliner Regierungskreisen rechnet man damit, daß Ende dieser Woche der jetzige Reichsbankpräsident Dr. Schacht zum Reichsbankpräsidenten als Nachfolger Havensteins ernannt wird.

Badische Politik

Gegen Antriebe und Unruhen

Auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik hat der Minister des Innern die nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei in Baden verboten.

Der Militärbehördenleiter des Wehrkreiskommandos V (zu dem auch Baden gehört) hat in Ergänzung des Verbots von Hundert- schaften auch die Abhaltung von Geländebewegungen jeder Art in geschlossenen Verbänden, ferner das Zusammen- und das Zerstreieren einzelner Personen oder ganzer Gruppen in Ver- samlungen und außerhalb zwecks Ausbildung irgend welcher Kon- stituten verboten.

Außer der kommunistischen Landtagsabg. Frau Unger und ihrem Mann sind noch ein gewisser Seeburger und der Arbeiter Lehmann von Rietheim bei Bad. die sich in Begleitung der Frau Unger befinden, verhaftet worden.

Der Badische Lehrerverein gegen das Unterrichtsministerium

Die „Badische Schulzeitung“, das Organ des Badischen Lehrervereins, bedauert im Anschluß an die Veröffentlichung der Bestimmungen über den Beamtenabbau, daß die Vertreter der Organisationen im Unterrichtsministerium bisher zu einer geordneten Beratung nicht zugezogen worden seien.

Die Vereinfachung der Staatsverwaltung. Das badische Staatsministerium hat beschlossen, das Bezirksamt Emmen- dingen mit sofortiger Wirkung aufzulösen.

Die Ernennung des Staatspräsidenten Müller zum Ehren- bürger ist erfolgt wegen seiner Verdienste trotz der früheren Finanz- nisse des Landes in seiner Eigenschaft als Finanzminister.

Auslandsrundschau

Norwegische Kinderhilfe für Deutschland

In Christiania ist ein norwegisches Komitee gegründet worden, das sich die Hilfeleistung für in Not befindliche deutsche Kinder zur Aufgabe gemacht hat.

Die deutschen Handelskammern in Argentinien, der Verband deutsch-brasilianischer Firmen, die deutschen Handels- kammer in Chile und Olinda sowie in Uruguay, ferner die deut- schen Verbände in Peru haben an den Reichsfinanzler eine Eingabe gerichtet.

Die Organisation in England. In England hat sich eine sozialistische Organisation gebildet, die inoffiziell nach italienischen Vorbildern und nach schwarze Hemden mit weißen Bändern, trägt.

Lezte Meldungen

Die Reichsbank nimmt kein Notgeld mehr an!

Die Reichsbank hat den Erlaß der Berliner Reichsbankzentrale an sämtliche Reichsbankstellen im ganzen Reich ergangen, wonach von Donnerstag feil ab die Annahme jeglichen Notgeldes aller Städte, Gemeinden, der Reichsbahn usw. eingestellt wird.

Die Reichsbank hat den Erlaß der Berliner Reichsbankzentrale an sämtliche Reichsbankstellen im ganzen Reich ergangen, wonach von Donnerstag feil ab die Annahme jeglichen Notgeldes aller Städte, Gemeinden, der Reichsbahn usw. eingestellt wird.

Pfländerungen in Berlin

Berlin, 21. Nov. Im Laufe des gestrigen Tages kam es an verschiedenen Stellen mehrfach zu Pfländerungen und Zusammen- stößen. In der Danziger Straße wurden bei einem Zusammen- stoß zwei Polizeibeamte verletzt.

Zusammenstöße in Liegnitz

Breslau, 21. Nov. In Liegnitz kam es gestern zu schweren Zusammenstößen zwischen demnächstigen Erwerbslosen und Schutzpolizei. Es entwickelte sich ein regelrechtes Feuergefecht.

Berlin, 21. Nov. Im Behmer Forst kam es nachts zu einer Schießerei zwischen dem Sohn des durch den Potsdamer Prozeß bekannten v. Kachne und zwei Arbeitern (Körner und Kießer) aus Glißhau, die Holz sammeln. Bei dem Kampf wurde zuerst Kießer und dann der junge Kachne durch Schüsse schwer verletzt.

Wertbeständige Stadthaushaltspläne

Am den Schluß des Abrechnungsjahres pflegen alle Haushalte die Berechnungen für die Aufstellung des am nächsten 1. April ein-
gehenden neuen Stadthaushaltsplanes zu beginnen.
Es wird entworfen und berechnet, bis des umfangreiche Wert zum
Schluß gebracht ist und wenn man dann glücklich kommt —
dann hat die ganze Arbeit herzlich wenig Wert, weil sich im
allgemeinen die Verhältnisse gewaltig geändert haben. Weil die Ge-
hälter, die Löhne und Preise, die Steuererträge und alle
übrigen Posten emporgeschossen sind und aus dem Knappheits-
Kampfen des Entwurfs herausdrängen. Seit einigen Jahren
wiederholt sich dies Bild mit den üblichen Preissteigerungen, so
daß sich schon mancher Kommunalpolitiker fragte, was es denn
überhaupt noch für eine Bedeutung habe, sich den Kopf über plan-
mäßige Entwürfe zu zerbrechen, da doch die Wirklichkeit erfahrungs-
mäßig ihre eigenen Wege geht.

Ganz unrichtig sind diese Urteile nicht nur mit dem Unterschied
daß das Streben nach Erlangung eines gewissen Ueberschusses, nach
Festlegung der Gesichtspunkte für das Verhältnis zwischen Ausgaben
und Einnahmen, nach Abgrenzung der Zuständigkeit der beteiligten
Behörden bei den einzelnen Aufwendungen durchaus berechtigt ist
und daß es wesentlich darauf ankommt, sich für die Zukunft dem
Wachstum des Geldwertes anzupassen, so daß man von den Erlei-
stungen nicht so leicht überholt werden kann. Das führt von selbst
zu der Auffassung, daß bei dem Bearbeiten auf der bislang üblichen
Weise der Haushaltsentwürfe einfach unmöglich ist, der wachsenden
Teuerung gerecht zu werden. Es leuchtet ein, und es wird auch
bereits von verschiedenen Seiten anerkannt, daß die Sache anders
angefaßt werden muß: nicht man die Verschlebung des Geldwertes
daraus, ohne sie hindern zu können, dann muß man den Haushalts-
plan so gestalten, daß er automatisch und ohne neue Beschäftigungs-
pläne die Bewegung mitmacht. Mit anderen Worten: es kommt darauf
an, den gleichen Ausweg einzuschlagen, den Handel und Industrie,
Post und Eisenbahn, zum Teil auch die Steuerbehörde und vor allen
Dingen die Landwirtschaft längst genommen hat: die Wert-
beständigkeit.

Es mag sein, daß manchem im Betriebe ergrauten, an die Rech-
nungswissenschaft und Prüfung nach alter Art gewöhnten Beamten
dieser Gedanke ungewöhnlich vorkommt. Das hilft aber nichts, man
muß heute umlernen in Wahrheit vermeidet man durch die Reue-
nung nur zweifelhafte Arbeit und erreicht mit einem Schloß, daß der
Bürger keine Bedeutung behält, wie auch der Kurs hin- und
herflankt man mag. Die Goldmark ist die Rauberformel, mit der
man den lähmenden Bann der Verhältnisse löst. Sie führt uns
die Möglichkeit, nicht nur für die erwerbstätigen Kreise, sondern auch
für die Behörden die Wertbeständigkeit zur Richtschnur zu machen,
und sie hilft über die Schwierigkeiten des Uebernehmens hinweg.
Gehälter und Löhne, Preise und Mieten, Posten und Beschäftigungs-
pläne auf der Ausgabenseite, Steuern und Einkünfte der verschiede-
nen Betriebe unter den Einnahmen lassen sich heute und mehr
noch in den kommenden Monaten leichter, nachdem inzwischen für
die Steuerbehörde eine Methode schon erarbeitet ist. Nur die
schwierigsten Gerichte von Zinsen und Renten sind dem Wandel
nicht unterworfen und müssen nach einem bestimmten Maßstab
für die Zeit bestimmt werden, so wie in unermesslicher Weise.
Die Einkünfte des Staates und des Reiches zu den Gemeindefinanzen
sind ebenso ebenfalls auf Goldmark zurückzuführen. Wenn dies
sich als allgemeine Voraussetzung der Haushaltspläne nach ein-
maligen Schritten erreicht werden soll, so ist es nicht zu
hohem Grade. — Die Aufstellung wertbeständiger Haushaltspläne ist
ein Mittel, aber sie hilft zu ihrem Teil mit, die Uebersicht der
Einnahmen und Ausgaben zu erleichtern.

Städtische Nachrichten
Steuererleichterungen

Auf die von verschiedenen Bändern, darunter auch von Baden,
beim Reichsfinanzministerium erhobenen Vorstellungen sind die bei den
August-Steuerergüssen (Lohnabgabe, Arbeitsgeberabgabe, Rhein-
und Ruhrabgabe, erhöhte Einkommensteuerzahlungen) zugelassenen
Erleichterungen wesentlich erweitert worden. Bei den leistungsschwachen
Steuerpflichtigen darf vor allem die Einziehung der
Steuer nicht dazu führen, daß Betriebe zum Erliegen gebracht oder
wirtschaftliche Existenz vernichtet werden. Es dürfen insbesondere
Steuerpflichtigen nicht die zur Fortführung eines Betriebes not-
wendigen Betriebsmittel gepfändet werden.

Hinsichtlich der Lohnabgabe sollen die kleineren Be-
triebe mit besonderer Schonung behandelt werden, besonders in
solchen Fällen, in denen der Betrieb das einzige Vermögen des
Steuerpflichtigen bildet und die aus den Betrieben gewonnenen Er-
träge nur zum notwendigen Unterhalt für den Steuerpflichtigen und
seine Familie ausreichen. In derartigen Fällen soll die Lohnabgabe
erlassen werden. Auch bei mittleren und größeren Betrieben kann
die Steuer gestundet werden und zwar kann dies ginslos geschehen.
Wird eine am ersten Monats fällige Rate nach im Laufe dieses
Monats bezahlt, so sollen Zinsen nicht erhoben werden. An dem
für die Bemessung der Abgabe grundlegenden maßgebenden Wertschät-
zungswert soll dann nicht stark festgehalten werden, wenn seine Zu-
rundlegung erhebliche Härten für den Abgabepflichtigen zur Folge
haben würde. Die Finanzämter sollen ohne Rücksicht auf die Höhe
des zu erlassenden Betrages durch entsprechende Teilerlass der Ab-
gaben Abhilfe schaffen. Im übrigen sind namentlich die Finanzämter
zum Erlaß von Beträgen bis zu 50 Goldmark und das Bundesfinanz-
amt zum Erlaß von Beträgen bis zu 150 Goldmark befugt.

Insulinkuren bei Zuckerkranken

Für ihre Entdeckung des Insulins zur Behandlung der
Zuckerkrankheit haben sich Dr. F. G. Banting und Prof.
J. Macleod in Toronto gemeinschaftlich den diesjährigen
Nobelpreis für Medizin erworben. Nachstehend
geben wir im Auszug die interessanten Darlegungen wieder,
die Professor Dr. Carlson in Koorden-Trankfurt in der
in der Umschau (Heft 45) über das Wesen der Insulinkuren
veröffentlicht.

Nachdem vor 14. Jahrhundert entdeckt war, daß nach Entfernung
der Bauchspeicheldrüse (Pankreas) bei allen Tierarten eine schwere
und meist sehr schnell zum Tode führende Zuckerkrankheit auftritt,
ging aus den sich hieran anschließenden Untersuchungen bald hervor,
daß das Pankreas irgend einen Stoff in das Blut scheidet, welcher den
ordnungsmäßigen Ablauf des Zuckerstoffwechsels im Organismus regelt.
Zunächst war bekannt geworden, daß das Pankreas, obwohl für
die grad anatomische Betrachtung eine Einheit, aus zwei verschie-
denen ineinander geschlossenen Drüsenanteilen besteht, von denen
das eine höchst wichtige Verdauungsfermente durch den Ausführungs-
gang in den Zwölffingerdarm scheidet („äußere Sekretion“), das
andere — die sogen. Pankreasinseln sein Produkt in die Blutbahn
abgibt („innere Sekretion“). An die Integrität der Inseln
erwies sich der normale Ablauf des Zuckerstoffwechsels gebunden,
und von der Schwere ihrer Beschädigung erwies sich die Schwere
der Zuckerkrankheit abhängig. Weitere Forschungen ergaben, daß
nicht die behinderte Zuckerproduktion in der Leber sich als
Hauptpunkt der diabetischen Stoffwechsellage erwies. Nachdem man
im Suprarenin (Produkt der Nebennieren) den Körpererkrankung
entdeckte, welcher die der Zuckerproduktion dienenden Funktionen der
Leber auslöst, machte im Produkt des pankreatischen Inselstoffes
der dämpfende Körper als Antagonist vermutet werden. Von
zu finden, gelang Banting an dem physiologischen Institute in
Toronto Kanada. Dieser, chemisch bisher noch nicht rein dargestellte
und daher chemisch noch nicht durch eine Formel definierbare Körper
wirkt nur dann, wenn er vollkommen von Glycerin umhüllt und von
entsprechenden Fermenten der äußeren Pankreassekretion befreit ist,
so ist, daß letztere ihn zerstören, so es, daß sie seiner Wirksamkeit
entzogen arbeiten. Die wirksame Substanz erhielt den Namen In-
sulin. Sie wird in kalten Lösungen gelöst. Diefelben sind ge-
sättigt. Als „Eindring“ gilt das Minimum, welches im Stande ist, bei
einem gesunden Kaninchen nach 24stündigem Fasten im Blut eine
Wunde nach der Injektion den Blutdruck auf etwa die Hälfte herab-
zusetzen. Bei richtigem Vorgehen sinkt der Harnzucker des
Diabetikers nach Insulininjektion weit unter die Höhe, welcher er
bei gleicher Kost ohne Insulin erreicht hätte. Nach wenigen Tagen
kann selbst bei schwerem Diabetes der Harnzucker auf Null zurück-
geführt sein, und alsdann darf man beginnen, die Kost zu erweitern.

Hinsichtlich der Arbeitsgeberabgabe sollen alle Gesuche
um Erlaß oder Ermäßigung unter dem Gesichtspunkt besonders sorg-
fältig geprüft werden, in welchem Verhältnis die Arbeitsabgabe zu den
gesamten Unkosten stehen, da dabei in einzelnen Fällen, wie z. B.
beim Baugewerbe, Härten entstehen können. Es muß auch ver-
mieden werden, daß lediglich durch die Arbeitsgeberabgabe Be-
triebsschwierigkeiten vorgenommen werden. Weiter muß unbedingt
Rücksicht darauf genommen werden, daß zahlreiche Handwerker aus
Mangel an Aufträgen und Bestellungen schon einen großen Teil
ihrer Arbeiter und Angestellten haben entlassen müssen. Ferner muß
gegebenenfalls mit Erlaß, Ermäßigung oder Stundung abgeholfen
werden, wenn Inhaber von Betrieben Beträge, die sie vor Inkraft-
treten der Arbeitsgeberabgabe abgezahlt haben und bei denen sie
daher die Arbeitsgeberabgabe naturgemäß noch nicht haben einzu-
zahlen können, erst nach dem Inkrafttreten der Arbeitsgeberabgabe ganz
oder zum Teil zu erfüllen können; denn die Abwälzung auf den
Arbeitsgeber ist nicht zulässig. Niemand darf die Erhebung der Abgabe
dazu führen, daß der Betrieb zum Erliegen kommt. Die Befugnis
der Finanzämter und des Bundesfinanzamtes zum Erlaß der Arbeits-
geberabgabe ist die gleiche wie für die Lohnabgabe.

Es wird namentlich Sache der Steuerpflichtigen sein, sich die vom
Finanzminister herausgegebenen Richtlinien zu Nutzen zu machen.

Die Mannheimer Indexziffer

Wie das Städtische Nachrichtenamt mitteilt, ist die vom Preis-
prüfungsamt nach der Methode des Statistischen Reichsamts berech-
nete Mannheimer Leberungsindex (Ernährung, Wohnung,
Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) nach den Preisen vom 19.
November auf 87 666 Milliarden Mark gestiegen. Seht man die ent-
sprechende Wertsteigerung (114,39 Mt.) gleich 1, so erhält man die In-
dexziffer 765 Milliarden. Da am 12. November die Indexziffer 196,7
Milliarden betrug, ist vom 12. bis 19. November eine Erhöhung
um 288,9 Prozent eingetreten.

Die Ermäßigung der Fleischpreise

Von der wir im gestrigen Mittagsblatt Mitteilung machten, hat für
die Papiermarkbesitzer nicht lange angehalten. Infolge der gestrigen
Erhöhung des Goldmarkmultiplikators von 600 Milliarden auf
1 Billion kostet heute namentlich ein Pfund Rindfleisch 1. Sorte
2 Millionen M gegen 1200 Milliarden M am Dienstag. Durch den
neuen Dollarsprung sind die Papiermarkbesitzer von dem Bezug von
Fleischfleisch so gut wie ausgeschlossen. Die Fleischermänner sollen in-
folgedessen die Frage prüfen, ob es nicht möglich ist, die durch
die Dollarschwärzung eingetretene Preissteigerung von 800 Milliar-
den bei einem Pfund Rind-, Kalb- oder Schweinefleisch wenigstens
zum Teil durch eine weitere Herabsetzung des Gold-
grundpreises zu beheben. Es geht nicht an, daß den Papier-
markbesitzern von den Metzgermeistern eine Extrabüße auferlegt
wird, von der die Verbraucher, die mit wertbeständigem Geld die
Fleisch- und Wurstwaren bezahlen können, völlig unberührt blei-
ben, so sogar einen Vorteil genießen, weil für sie die gestrige Preis-
ermäßigung bestehen bleibt. Die Metzger sollten sich aus einem
anderen Grunde Entsagen kommen lassen. Durch die beträchtliche
Erhöhung des Multiplikators müßte sich ganz und selbst die Hergabe
von wertbeständigem Geld durch die Rundschaft verstärken. Der
Vorteil, der den Metzger dadurch erwächst, daß sie auf diese Weise
leichter die Zahlungsmittel erhalten, die die Viehhändler beanpru-
chen, sollte nicht unberücksichtigt bleiben. Daß die diesseitigen Fleisch-
preise im Vergleich zu denen anderer Städte enorm hoch sind, geht
aus einer Meldung aus Mainz hervor, nach der dort der Fleisch-
preis am Samstag 680 Milliarden, also die Hälfte des Mann-
heimer betrug, wenn man den Preis des Ochsenfleisches 1. Güte
gegenüberstellt.

Das Rätsel des hohen Gasverbrauchs

Zu dem unter dieser Ueberschrift in Nr. 529 veröffentlichten
Artikel wird uns von einem Fachmann geschrieben: Der Verfasser
hat übersehen, daß für die Bestimmung des Gasvolumens nicht der
log. Ueberdruck, sondern der sog. absolute Druck maßgebend
ist. So beträgt z. B. der äußere Luftdruck 1 Atmosphäre absolut
oder 0 Atm . Ueberdruck. 1 Atm . entspricht auch einem Druck
von ca. 10 Meter Wasserhöhe. Der normale Mannheimer
Gasdruck dürfte etwa 20 bis 30 Atm . Wasserhöhe Ueberdruck betragen,
was einem Druck von 1,03 Atm . absolut entspricht. Wendet
man den Druck auf etwa 40 Atm . Wasserhöhe, dann ist dies gleich-
bedeutend mit einer Verdichtung des absoluten Druckes von 1,03
auf 1,04 Atm . also um etwa 1 Proz. und in diesem Verhältnis
ändert sich auch das Gasvolumen, d. h. es verringert sich also
um etwa 1 Proz. Derartig geringe Schwankungen des Gas-
volumens sind aber praktisch bedeutungslos. Die von dem Verfasser
des Artikels geführte Ursache des Uebels wird hauptsächlich darin
liegen, daß der vordringliche Gasdruck zu andauernden Verdichtungen
an der Gemischregulierung der Brenner zwingt, d. h. bei niedrigen
Gasdruck wird gewöhnlich die Gaszufuhr an den Brennern mehr
geöffnet und bei dann einsetzendem höherem Druck nicht wieder zu-
gedreht, so daß die Brenner mit überschüssigem Wertgasgas infolge
zu reichlicher Gas- und zu geringer Luftzufuhr arbeiten. Selbst-
verständlich muß der Verbraucher, wenn er nun Goldmark
zählt, auch einen gleichbleibenden Gasdruck verlangen
können, der ihn vor unnützigem Verbrauch schützt.

Man darf aber nicht meinen, man brauche nur mit Insulin einzu-
spritzen und damit sei alles erledigt. Erfolg setzt vielmehr durchaus
planmäßiges Vorgehen voraus, und alles in allem gestaltet sich die
Insulinbehandlung viel verwickelter als die frühere, weniger
leistungsfähige, rein — diätetische Behandlung. Planmäßige, voll-
ständige Insulinkuren sind im Geburtsland des Insulins erst seit
knapp einem Jahre durchgeführt worden, und jeder Monat brachte
Vervollkommnung und lehrte durch diätetische Anpassung und durch
stärkere Beachtung der persönlichen Reaktion Erfolge erzielen, die an-
fangs sich verlagerten. Wenn nicht alles trügt, steht die Insulinbehand-
lung des Diabetes noch in den Anfängen, und in ihren verschie-
denen Abschnitten — von Gewinnung der wirksamen Substanz an
bis zur optimalen Ausnutzung der therapeutischen Erfolge in jedem
Einzelfalle und in jedem Stadium seines Verlaufes — dürfen wir
noch auf weitreichende Errungenschaften rechnen. Wenn wir die
bisherigen Erfolge betrachten, wenn wir sehen, wie unerschöpflich
leichter und sicherer es geworden ist, den Zuckerkranken, selbst bei
weit vorgeschrittenen Verfalls, körperliche und geistige Spannkraft
und volles Gesundheitsgefühl zurückzugewinnen, müssen wir schon
heute die Entdeckung des Insulins als eine Größtat bezeichnen,
des gleichen Ranges wie die Entdeckung des Heilserums für Diphtherie.

Drittes Akademie-Konzert

Es gibt neuerdings Musikfreunde, die alles haben, was neu und
unverkündet ist. Die Absicht ist klar: sie wollen als die Fortschritt-
lichen die Modernen oeffnen. In Wahrheit fürchten sie nichts so sehr,
wie sich zu „klosterlich“, harmlos, wie sie sind, freuen sie sich aber,
wenn sie einmal sich den andern angeleihen können, wenn sie klassische
Musik — „wertbeständige“ Werte von Haydn, Bach und Beethoven
erwerben. Diejenigen, welche das Schicksal zu reinem Wahnsinn
vordrängen, sind übrigens eine kleine Gemeinde, und oeffnen
waren ihrer Zeit wertig; die Mehrheit freute sich aufwärts, daß Ge-
neralmusikdirektor Richard Bert ihr hands Schopenhauer in D —
No. 2 der Randener Symphonien — und Beethovens Werke mit
seiner Ausarbeitung vorträhe und daß jene Helle darunter auch
schlechte. Wie alle waren in glücklicher Stunde, vernehmen des trüben
Tones Miene und dankten dem Orchester für den wohlklingenden
Abend. . . Wenn deutsche Künstler mit Lust und Liebe musizieren,
hat es immer einen guten Klang. Und wenn der Führer das recht-
Tempo anahlt, so finden die Musiker den rechten Vortrag „von selbst“.
Dieser Fall war nun oeffnen bei hands — man musizierte in den
überlieferteren Tönen. Die Beethovenen, die Beethoven-Dogma
einst in die Partituren eintrug, bestimmten außerdem bis auf den
letzten Ton den gemeintem Vortrag. Allerdings meine ich, daß die vier
Häkel des Kinders Soeben ein wenig bewegter daß die Staccato des
Themas mehr „Portato“ sein könnten. Aber das sind Gefühlsdinge.
Vedenfalls ariet die ganze Schopenhauer sehr aus, und das Finale mit
der Dubelweite des frohlichen Schweinebirten — aus der hands

* Die Verordnung gegen den Mißbrauch wirtschaftlicher Maß-
nahmen vom 2. 11. ist getrieben in Kraft getreten. Seitdem mit
geleglichen Maßnahmen gegen die Auswüchse des Kartell-
wesens gerechnet werden konnte, hat bereits eine Reihe von
Verbänden ihre Zahlungsbedingungen den Be-
dürfnissen der Verbraucher anzupassen gesucht.
Bei einigen Verbänden bedarf es jedoch behördlicher Anordnungen,
um sie zur Erleichterung ihrer Bedingungen zu veranlassen. Die
Einsetzung der Behörden wurde im Hinblick auf die namentlich zur
Verfügung stehenden geleglichen Maßnahmen weitgehend als bis-
her in Anspruch. So hat bereits die Kartellordnung vor ihrem
Inkrafttreten in günstigem Sinne auf die Verbandsbestimmungen
und damit auf den allgemeinen Warenmarkt und die Preisfest-
setzung gewirkt. Es ist in denen bisher nur ungenügende Erlei-
cherungen vorgenommen und unbillige Bedingungen aufrechterhalten
worden sind, werden in Kürze das Kartellgericht beschäftigen.
Das Kartellgericht ist inzwischen beim Reichswirt-
schaftsgericht eingeleitet worden. Den Vorsitz führt Oberregie-
rungsrat Dr. Ludoz, Präsident des Reichswirtschaftsgerichts.

* Bierpreiserhöhung. Die Biersteuer ist mit Wirkung vom
19. November im Einklang an die Bierpreiserhöhungen wiederum
erhöht worden. An die Erhöhung ist u. a. für Wirte und Bier-
händler die Pflicht zur Nachversteuerung der Vorräte verknüpft.

* Der Umlauf von wertbeständigen Zahlungsmitteln. Zur Rich-
tigstellung von irreführenden Nachrichten über die Höhe der bisher
in Verkehr gebrachten wertbeständigen Zahlungsmittel wird von
zuständiger Seite auf folgendes aufmerksam gemacht: Es sind bisher
ausgegeben worden: 200 Millionen Dollarscheine, die aber bekannt-
lich in einzelnen nicht unter 5 Dollars lauten und daher weniger
als allgemeines Zahlungsmittel, vielmehr als verjährliches Anlage-
kapital anzusehen sind. Dasselbe gilt von 200 Millionen Gold-
scheine über 5 und höher lautende Dollarscheine. In der Praxis
bleiben also lediglich 2—300 Millionen Goldscheine in kleineren
Scheinen als Zahlungsmittel übrig, woraus sich die bisherige
Knappheit an wertbeständigen Zahlungsmitteln erklärt.

* Güterverkehr im besetzten Gebiet. Die Aufgabe des passiven
Widerstandes hat im besetzten Gebiet vielfach die irrische Meinung
herbeigeführt, daß mit diesem Zielantrieb denkwürdiger Güter-
verkehr mit den von der Realie betriebenen Straßen wieder auf-
genommen würde. Da jedoch trotz aller Bemühungen der Deutschen
Regierung, namentlich der Reichsbahn, es im allgemeinen noch nicht
möglich gewesen ist, den Uebergangsverkehr mit der Realie zu regulieren,
kann eine allgemeine Warenübernahme u. Warenübernahme an dem
von der Realie noch nicht erfolgen. Es dürfen bisher in der Haupt-
sache nur mit Lebensmittel beladene Waagen an die Realie übergeben
werden im Austausch gegen oelene oder leere Waagen. Für den
Verkehr mit den Stationen des besetzten Gebietes müßten Gütern
müssen deshalb vorerst weiter bestehen bleiben und werden Verhütung
von Betriebschwierigkeiten und Verstopfungen der Bahnhöfe
genau beachtet werden.

* Die Wohnungsmiete für November ist, so wird uns geschrie-
ben, trotz der Berichtigung des städtischen Nachrichtenamtes schon
ausgerechnet. Die Reichsindexziffer vom 29. Okt. ist am 31. Oktober
nicht nur festgestellt, sondern auch am gleichen Tage noch in
Berlin veröffentlicht und vom Wolffschen Büro nach
auswärts telegraphiert worden (siehe „F. Z.“ vom
1. Nov. 2. Morgenblatt). Dazu kommt, daß die Reichsindexziffer vom
29. Oktober die Richtzahl der vergangenen Woche gibt, nicht
aber die Richtzahl der Leistungswoche, oder wie bei Arbeitern
und Angestellten nach den Lernerungsverhältnissen der Ver-
braucherwoche. Inhandlungen nach einem Index vor drei
Wochen sind ganz unmöglich. — Für die Grundmiete (5 Prozent
Verzinsung des Hauskapitals), die einzige Leistung, die der
Eigentümer für die Ueberlassung der Mieträume erbringt, ist der Be-
weiser nach wie vor — Null. Es ist höchste Zeit, daß diese
Ungeheuerlichkeit verschwindet, nachdem alle Leistungen und Liefe-
rungen wertbeständig eingestellt sind. Wenn nicht sofort am
1. Dezember auch die Mieten, wie alles andere, in Festmark
bezahlt werden, so ist der Hausbesitzer verloren und die meisten Häu-
ser werden Ruinen, wodurch die Wohnungsnot katastrophal wird.

* Die billige Straßenbahnfahrt kostet von heute ab 200 Mill-
arden, da der Multiplikator auf 1 Billion erhöht wurde.

* Raucher- und Nichtraucher. Für die Bezeichnung der
Wagen und Abteile für Raucher und Nichtraucher sind bei der
Reichsbahn die Bestimmungen mehrfach geändert worden. Jetzt sind
sie einheitlich geregelt. Allgemein werden in Zukunft alle Rau-
cher- und Nichtraucherabteile besonders gekennzeichnet.
Welche Schilde ohne Aufschrift sind es also früher
nicht mehr. Die abnehmbaren Schilde an den 2. und 3. Wagen
bleiben. Sie haben schwarze Schrift auf weißem Grunde. Die Schilde
werden ausgehängt, wenn der ganze Wagen für Raucher oder
Nichtraucher bestimmt ist. Sind in einem Wagen die Raucher- und
Nichtraucherabteile gemischt, so erhält er kein Schild. Ein Raucher-
verbot wird im Seitengang unter der Decke ausgehängt. Jedes
Abteil bekommt außerdem ein Einsteigschild, das je nach dem
Raucher oder Nichtraucher nach außen und nach innen zeigt. Auch
die Bestimmung „Das Rauchen ist nur mit Zustimmung aller
Mitreisenden gestattet“ kann eingehoben werden. Für den inter-
nationalen Verkehr sind dreisprachige Schilde vorgezogen. Auch
in den Mittelwagen gibt es nur noch Schilde in Raucher und
Nichtraucher, aber ebenfalls keine weißen Schilde mehr. Für
Frauenabteile werden Nichtraucher-Abteile vorgezogen.

Theater und Musik

* Theaterausstellung im Landesmuseum Darmstadt. Am Sams-
tag wird gelegentlich der Aufführung von Fritz v. Hartungs
Schauspiel „Der Rosenkranz“ im Landesmuseum Darmstadt
eine Theaterausstellung „150 Jahre Darmstädter Bühnen-
ausstattung“ eröffnet. Die Ausstellung umfaßt eine historische
Abteilung von 1770 bis 1920 und eine neuere Abteilung, die die
von C. T. Borch geschaffenen Arbeiten für die Darmstädter Bühne
zeigt.

* Uraufführung in Budapest. Am künftigen Opernhaus in
Budapest fand am 10. November die lang erwaitete Uraufführung von
Jeno Hubay's Oper „Anna Karenina“ statt. Hubay der als
Violinvirtuose weltbekannt ist und auch als allezeitiger Komponist
mehrfach Aufsehen erregt hat, hat mit dieser neuen Wert eines
unvergleichlich starken Erfolgs erungen. Der Text der neuen Oper,
der nach T. S. Roman von dem ungarischen Schriftsteller Sandor
Gib verfaßt wurde, ist sehr Bühnenreife. Die Uraufführung, die in
Bogenwart zahlreicher In- und ausländischer Künstler ihren
Stand, bedeutet eine außerordentliche Ehre für den Komponisten,
der mehr als 30 Male an die Komposition gerufen wurde. Hubay ist
mangels einer stärkeren Begabung der Rationaloperkomponist der
Ungarn.

Veranstaltungen

Theaternachricht. In der ersten Wiederholung der Operette „Die Geisha“ am Freitag ist die Rolle der „D. Mimosa Son“ mit Elisabeth Kraußmann besetzt.

Das nächste Volksmusikpflege-Sinfoniekonzert findet als Beethovenabend des Nationaltheaters am kommenden Montagabend im Riedelhofsaal statt.

Der Untergang des Abendlandes. Intendant Julius Winkelman von Wissenschaftlichen Theater in Berlin hielt vor gestern Abend im Saale der „Harmonie“ einen Bildbilde-Vortrag über den Untergang des Abendlandes.

Kommunale Chronik

Forderungen und Leistungen der Heidelberger Erwerbslosen. Der Heidelberger Stadtrat hatte sich in zwei Sitzungen neuerdings mit Forderungen der Erwerbslosen zu beschäftigen.

Kunst und Wissenschaft

Neuendrucke Tizolo-Rechnungen. Im Bolzener Kupferstichkabinett befindet sich gegenwärtig eine Ausstellung von Handzeichnungen des Großmalers der venezianischen Kolorist-Risler Giovanni Battista Tiepolo.

große Zahl der Erwerbslosen zu wenden und schließlich auch mit der Frage beschäftigt, in welcher Weise die Erwerbslosen, die nicht in Hofflandarbeiten untergebracht werden können, für die Unterbringung zu geeigneten Arbeiten auf Grund des § 9 der Verordnung vom 15. Oktober d. Js. herangezogen werden können.

Kleine Mitteilungen

Der Kreisrat der Stadt hat beschloß als weitere Voraussetzung auf die Gemeindefeuer für 1923 vom Monat November 1923 an die Erhebung eines Aufschlags in Höhe von monatlich 2 1/2 Goldpfennig von 100 Mark Steuerwert im einzelnen Betrage.

In Köln sind die Höchstpreise der elektrischen Straßenbahnen um 250 Prozent erhöht worden. Der Angehörigenlohn für 150 Milliarden, der Inflationslohn für 180 Milliarden, die Rente für 5 Jahren 600 Milliarden, die Kapitalrente 9% Billionen, die Wadentaxe ohne Inflationsberechtigung für zwei Jahren 600 Milliarden, für 4 Jahren 1440 Milliarden, mit Inflationsberechtigung 1200 bzw. 1740 Milliarden.

Offersheim, 20. Novbr. Die Bürgermeisterfrage wird anscheinend denselben Weg gehen wie in unserer Kreisgemeinde Schwellingen. Nachdem der erste Wahlgang erfolglos war, wurde im zweiten Wahlgang Verwaltungsdirektor Werner aus Mannheim mit 33 Stimmen zum Bürgermeister gewählt.

Aus dem Lande

Heidelberg, 20. Nov. Im 66. Lebensjahr ist der frühere Vorstand des hiesigen Bezirksamts, Oberamtmann a. D. Geh. Regierungsrat Herr Philipp Dollig, gestorben.

Weinheim, 20. Nov. Heute morgen ist hier im kantonmosschulischen Ermittlungsverfahren durch Gendarmerie und Polizeibeamte wegen der Ausfärbungen in den letzten Tagen eine größere Anzahl Festnahmen und Durchsuchungen erfolgt.

Man legt mit neuen Sicherungsarbeiten der Sixtina begonnen, die sich zunächst auf die Kuppel und die Vorhalle Christi zu den Seiten links vom Hauptgang beziehen.

Das Geheimnis des roten Haare. Volksmund und Sprichwort haben sich viel mit den Rothhaarigen beschäftigt und legen von ihnen nicht gerade Gutes aus. Vaten deutete die roten Haare auf ein Feuerherd, und Abraham a Santa Clara sagt von Judas, dem Verräter: „Roter Bart, Teufelsart“.

Bergdoll, 20. Nov. am Donnerstag, den 22. Nov. vor dem hiesigen Landgericht Hauptverhandlung, ist auf den 6. Dezember d. J. verlegt worden.

L. Sulzfeld, 19. Nov. Die Zahl der Erwerbslosen, die im Dezember annehmen beabsichtigen, hat sich die Zahl von 85 erreicht.

Bruchsal, 20. Nov. Zu der von uns schon gemeldeten Entlassung des Raubmörders Geiger von Großrinderfeld wird von einem Augenzeugen nach berichtet, daß Geiger, der sich seit einigen Wochen in Bruchsaler Justizhaus befand, nicht mehr behauptete, unschuldig zu sein und auch den geistlichen Beistand nicht mehr ablehnte.

Waldbrunn, 20. Nov. Die Staatsanwaltschaft hat drei Personen verhaften lassen, die im Verdacht stehen, an dem Mord an dem Strohmart beteiligt zu sein.

Karlsruhe, 20. Nov. Die Bekräftigung Karlsruhe hat zur Unterstufung der Erwerbslosen einen sehr erfreulichen Einfluß gehabt. Es sollen jede Woche einige Hundert 700-Gramm-Gaube Einheitsbrötchen für die Erwerbslosen zur Verfügung gestellt werden.

Offersheim, 20. Nov. Wegen Raubversuchs hat die Polizei einen auswärtigen wohnenden Mann verhaftet. Er hatte einen hiesigen Dienstmädchen in den nahen Waldungen an beiden Armen die Fingerringe durchgeschnitten und das Mädchen zu ermorden versucht, um es zu beseitigen.

Freiburg, 20. Nov. Am 16. November starb hier nach kurzer Krankheit Generalleutnant a. D. Karl Freiherr von Saldern im Alter von 79 Jahren.

Waltershausen (H. Freiburg), 20. Nov. Die Eheleute Johann Häuser I., Hauswirt hier, 76 Jahre alt, und Maria, geb. Häuser, 75 Jahre alt, feierten im Kreise ihrer Kinder und Enkel ihre goldene Hochzeit.

Freiburg (H. Waldbrunn), 20. Nov. Nachdem jetzt der dritte Stollen eingetrieben ist, scheint sich das Erzfeld Bergwerf „Gotteslegen“ zu rentieren.

Freiburg (H. Waldbrunn), 20. Nov. Nachdem jetzt der dritte Stollen eingetrieben ist, scheint sich das Erzfeld Bergwerf „Gotteslegen“ zu rentieren.

UNSER WEIHNACHTS-ANZEIGER. erscheint auch dieses Jahr und zwar am 1., 8., 15., 19. und 22. Dezember. Wir richten deshalb an die hiesige Gesellschaft die höfliche Bitte, uns ihre Anzeigen-Bestellungen zukommen zu lassen.



